



# Wirtschaftsfreundliche Landespolitik

Fakten | Argumente | Positionen

**Unternehmertum stärker wertschätzen, Mittelstandsfreundlich handeln, Industrieakzeptanz stärken, Politische Entscheidungen verlässlich ausgestalten, Öffentliche Hand handlungsfähig halten, Arbeitsfähigkeit der Behörden sicherstellen!**

## Situation Sachsen

Der Wirtschaftsstandort Sachsen hat sich in den letzten knapp 30 Jahren sehr gut entwickelt, insbesondere wenn man den Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern heranzieht. Hier hat Sachsen seit dem Jahr 2000 den zweithöchsten Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. Wesentliche Vorteile des sächsischen Standorts sind dabei der ebenfalls im ostdeutschen Vergleich hohe Anteil an wertschöpfenden Industriezweigen sowie eine starke Forschungs- und Technologielandschaft, die Treiber für Innovationen ist. Dennoch müssen auch regionale Unterschiede und Besonderheiten konstatiert werden. Während sich viele Erfolgsstorys auf die großen Ballungszentren Dresden, Leipzig und Chemnitz konzentrieren, sehen sich andere Regionen wie die Oberlausitz mit tiefgreifenden strukturellen Umbrüchen konfrontiert.

Um die Erfolge der Vergangenheit zu bestätigen und neuen Herausforderungen kraftvoll zu begegnen, ist es unerlässlich, dass die Landespolitik weiterhin Wirtschaft und Unternehmertum als zentrale Garant und Motor für Wohlstand im Freistaat unterstützt. Bedingung dafür sind einige grundsätzliche Prämissen im Verhältnis von Politik und Wirtschaft.

## Politische Entscheidungen verlässlich und transparent ausgestalten

- Planungssicherheit und Berechenbarkeit sind zentrale Parameter für Unternehmer und wesentliche Faktoren für Investitionsentscheidungen im innerdeutschen sowie globalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte. Die Staatsregierung ist daher gefordert, ihre Entscheidungen aus klaren, langfristigen und zielorientierten Strategien abzuleiten und landespolitische Willensbildungen transparent und nachvollziehbar zu gestalten.
- Wir erwarten ebenso, dass sich die Staatsregierung und ihre Vertreter auf Bundesebene über den Bundesrat sowie Parteigremien für verlässliche Gesetzgebungen zugunsten des Wirtschaftsstandorts Deutschlands einsetzt. Politische Adhoc-Entscheidungen mit weitreichenden Folgen bzw. kurzfristige Kurswechsel bei langjährig tradierten Positionen, wie es sie in der Vergangenheit in Berlin gegeben hat, kritisieren wir daher.

## Unternehmertum stärker wertschätzen

- Auch in Sachsen gilt es, die Wertschätzung für Unternehmertum in Politik, Verwaltung und Gesamtgesellschaft zu stärken und nachhaltig zu fördern. Unternehmerische Mentalität, eigenverantwortliches Handeln, Risikobereitschaft, Begeisterungsfähigkeit sowie Problemlösungskompetenz sind Eigenschaften, die in ihrer unternehmerischen Ausprägung der Gesamtgesellschaft zugutekommen. Dies in die Öffentlichkeit zu tragen ist gleichermaßen Aufgabe von Politik, Wirtschaftskammern und -verbänden.
- Die Politik ist in dem Zusammenhang ebenfalls gefragt, die Unternehmerschaft als Partner bei der Gestaltung der zukünftigen – voraussichtlich tiefgreifenden – Veränderungen der Arbeitswelt zu begreifen. Das soziale Verantwortungsbewusstsein des Unternehmers gegenüber seiner Belegschaft kann und muss dabei ein wichtiger Baustein bei der kommenden gesamtgesellschaftlichen Aufgabe einer gelingenden Transformation der Arbeitswelt sein.
- Um Image und Verständnis unternehmerischen Handelns zu verbessern, gilt es, in Sachsen einen intensiveren Dialog zwischen Unternehmern, Schulen, Hochschulen, Regierung, Parlamenten und Verwaltungen zu initiieren.

- Themen wie „Unternehmertum“ und „Wirtschaft“ müssen insbesondere in den sächsischen Schulen und Hochschulen verankert und systematisch in die Lehrpläne integriert werden. Unternehmerische Eigenschaften lassen sich zwar nicht klassisch erlernen, aber es ist möglich, Jugendliche hierfür möglichst frühzeitig zu sensibilisieren und nachhaltiges Interesse zu wecken.

### Mittelstandsfreundlich handeln

- Die Landespolitik ist gefordert, den Beitrag des Mittelstands (oder KMU), der in Sachsen 99,9 Prozent aller Betriebe ausmacht, zur wirtschaftlichen Entwicklung des Freistaats durch strukturelle Weichenstellungen aktiv zu unterstützen und bei allen sonstigen Aktivitäten zu berücksichtigen. Konkrete Ansätze und Forderungen wie Bürokratieabbau, Fachkräftesicherung oder Technologieförderung entnehmen Sie den entsprechenden wirtschaftspolitischen Positionspapieren der IHK Dresden.
- Generell plädieren wir für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen dem Vorsatz der Subsidiarität („Private Initiative vor staatlichem Eingriff“) und einer gestaltenden Landespolitik. Der Freistaat soll nur dort in unternehmerische Belange eingreifen, wo es tatsächlich unerlässlich ist oder er erforderliche Strukturen und Standortfaktoren schafft, die einem gesunden Wirtschaftswachstum zugrunde liegen.

### Akzeptanz für industrielle Wertschöpfung und Technologie stärken

- Sächsische Unternehmen sind auf ein politisches und gesellschaftliches Umfeld angewiesen, das Wachstum und Beschäftigung ermöglicht, und im besten Falle aktiv fördert. In diesem Kontext sehen wir insbesondere industrielle Wertschöpfung und technologischen Fortschritt als entscheidende Faktoren für zukünftigen Wohlstand an. Industriebetriebe haben intensiv verflochtene Wertschöpfungsketten mit anderen Wirtschaftsbereichen und üben dadurch eine zentrale Drehscheibenfunktion aus.
- Wir erwarten daher von der Landespolitik, dass sie sich offensiv für die allgemeine Industrie- und Technologieakzeptanz in Sachsen einsetzt sowie das funktionierende Wertschöpfungsnetz als strategische Stärke des Freistaats pflegt.

### Solide Haushaltspraxis fortführen, öffentliche Hand handlungsfähig halten

- Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte auf kommunaler und Landesebene ist fortzuführen, ebenso wie die Schuldentilgung. Wichtig ist, dass der Freistaat, dort wo es notwendig ist, auch in der Lage ist, wirtschaftspolitische Strukturen durch Investitionen, Förderungen oder Entlastungen aktiv zu gestalten.
- Die vergleichsweise hohe Investitionsquote war lange Zeit ein Markenzeichen sächsischer Finanzpolitik. In den vergangenen Jahren ist diese allerdings beständig von 18,7 Prozent im Jahr 2013 auf nun rund 14 Prozent im aktuellen Doppelhaushalt 2019/20 gesunken. Wir mahnen an – auch vor dem Hintergrund geplanter Mehrausgaben im öffentlichen Personalbereich – die Investitionsquote mittelfristig wieder auf über 15 Prozent zu erhöhen, um auch weiterhin in ausreichendem Maße in Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur, Bildung, Forschung u. v. m. investieren zu können.
- Mit Blick auf die zu erwartenden geringeren Haushaltseinnahmen des Freistaates aus der EU-Kohäsionspolitik (ab 2021) und dem Bund-Länder-Finanzausgleich (ab 2020) muss der Freistaat wirtschaftspolitische Weichen langfristig so stellen, dass eigene Steuermehreinnahmen die dann fehlenden Förder- und Zuwendungsmittel auffangen. Mittelfristig gilt es, die Investitions- und Förderziele im Freistaat zu priorisieren. Hier heben wir als IHK Dresden insbesondere den Mittelstand, innovative Produkte und Prozesse sowie die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen als besonders zukunftsweisende Förder- und Investitionsziele hervor.

### Arbeitsfähigkeit der Behörden sicherstellen

- Laut Bericht der Personalkommission müssen bis 2030 rund 51 Prozent der Stellen im sächsischen Landesdienst neu besetzt werden. Die Staatsregierung muss dafür Sorge tragen, dass die öffentlichen Verwaltungen und Behörden mit ausreichend qualifizierten Personal ausgestattet sind und Maßnahmen ergreifen, um deren Leistungsfähigkeit sicherzustellen.
- An den entsprechenden Verwaltungsstellen, wie z. B. unternehmensrelevanten Genehmigungsbehörden, gilt es dafür Sorge zu tragen, dass das Personal über wirtschaftsorientierte sowie technisch relevante Denkweisen verfügt.

### Rechtsschutz bei Investitionen neu austarieren

- Bei der weiteren Gestaltung des Naturschutz- und Umweltrechts (z. B. Artenschutz) auf Bundesebene muss die praktische Umsetzbarkeit in den Mittelpunkt rücken. Die für den Wirtschaftsstandort wichtige Modernisierung darf an dieser Stelle nicht verteuert, verzögert oder gar verhindert werden.
- Auch die Möglichkeit von Verbandsklagen sehen wir in dem Kontext kritisch. Der Gesetzgeber muss in jedem Fall dafür Sorge tragen, dass solche Verfahren beschleunigt entschieden werden.

#### Ansprechpartner:

Moritz John, Referent Mittelstandspolitik und Soziale Medien | Telefon +49 351 2802-106 | [john.moritz@dresden.ihk.de](mailto:john.moritz@dresden.ihk.de)

[www.dresden.ihk.de](http://www.dresden.ihk.de)

[www.facebook.com/ihkdresden1](https://www.facebook.com/ihkdresden1)

[www.twitter.com/ihkdresden](https://www.twitter.com/ihkdresden)